

auch bei jenen Laien, die eine neue Entschiedenheit und Sicherheit in Glaubens- und Sittenfragen erwarten und in Wolfgang Haas deshalb einen Verbündeten im Kampf gegen die von ihnen modernistisch gescholtenen Theologen – Professoren, Journalisten und Journalistinnen, Seelsorger und Seelsorgerinnen – erkennen. Wenig offen hingegen sind ihre denunziatorischen Aktivitäten. In dieser durch die Churer Ereignisse offen polarisierten Situation ist es sehr schwierig geworden, die echten Anliegen und die berechtigten Fragen jener zur Sprache kommen zu lassen, die die Entwicklung der Kirchen in der schweizerischen Gesellschaft mit Besorgnis verfolgen. Mehr noch, die Churer Ereignisse haben der Glaubwürdigkeit der Botschaft, die die Kirche eigentlich verkündigen mußte, schweren Schaden zugefügt.

Nachdem sich das Domkapitel des Bistums Chur an seiner Sitzung nach dem Wechsel der Bistumsleitung auf kein gemeinsames weiteres Vorgehen einigen konnte, einigte sich die Bischofskonferenz am 14. Juni immerhin auf eine gemeinsame Erklärung. Darin wird unter anderem die Rechtmäßigkeit des Bischofswechsels in Chur festgehalten, „wie immer Einzelfragen des Vorgehens bei der Bischofsernennung in Chur zu beurteilen sein mögen“, aber auch festgehalten, daß Haas den Vorschlägen von Bischof Vonderach entsprechend zum Koadjutor ernannt wurde.

Die Beratungen in der Bischofskonferenz führten zu einer gemeinsamen Einsicht, „daß auch die Leitung einer Diözese das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Bischof, den Priestern, den Andern in der Seelsorge Tätigen und dem Kirchenvolk voraussetzt“, und zum Andern zur Bereitschaftserklärung von Bischof Wolfgang Haas, „im Vertrauen und im ständigen Dialog das ihm Mögliche zu leisten“: irgendeine konkrete vertrauensbildende Maßnahme jedoch wurde auch vom an der Pressekonferenz teilnehmenden Bischof Haas nicht genannt. Obwohl von den Bischöfen über die jetzt notwendigen praktischen Schritte eingehend bera-

ten wurde, konnte „noch keine Lösung der schwerwiegenden Probleme gefunden werden“. Denn die Kollegialität, der sich alle Mitglieder der Bischofskonferenz verpflichtet fühlten, dürfe „die Handlungsfreiheit des einzelnen Bischofs nicht einschränken“. Die Bischöfe versprachen indes, ihre Bemühungen intensiv weiterzuführen mit dem Ziel, „eine fruchtbare Seel-

sorge in jedem Bistum und eine gute Zusammenarbeit aller Diözesen zu ermöglichen und zu vertiefen“. Offen blieb, auf wieviel Vertrauen als Voraussetzung seiner Amtsausübung Bischof Haas selber angewiesen ist, und unerfüllt blieb die auch in der Öffentlichkeit geäußerte Erwartung, die Bischofskonferenz möge als solche in Rom vorstellig werden. R. W.

China: Ein Jahr nach dem Tiananmen-Massaker

Mit besonderer Spannung wurde in Peking und in Gesamtchina das Jahresgedächtnis des Tiananmen-Massakers am 4. Juni erwartet. Schon mehrere Wochen vorher war der so sensitive Platz des „Himmlichen Friedens“ abgeriegelt, um Demonstrationen und jede Form von Unruhe von vornherein zu unterbinden. Von der Regierung wurde ein ganz anderes „Jubiläum“, das 150. Jahresgedächtnis des Ausbruchs des Opiumkriegs am 3. Juni 1840, als Gegenmittel ins Spiel gebracht. Das chinesische Volk wurde aufgerufen, Lehren aus einer Geschichte der Schande zu ziehen und im patriotischen und antiimperialistischen Geist diesen Tag zu begehen.

Innere Unsicherheit dauert an

Die Verhängung von „Wirtschaftsanktionen“ in Verbindung mit den Juni-Ereignissen des letzten Jahres zeige, daß die Politik der groben Einmischung in die inneren Verhältnisse Chinas nicht beendet sei. Doch China werde sich nicht vom „sozialistischen Weg“ abbringen lassen und sich nicht auf eine Rückkehr in die „kapitalistische Vergangenheit“ einlassen, die durch diese Sanktionen offensichtlich erzwungen werden solle (Beijing Rundschau, 5.6.1990).

In der gleichen Nummer der Beijing Rundschau wird in einem längeren Aufsatz „Ein Jahr nach den Juni-Ereignissen“ eine ideologische Parforce-

Jagd abgehalten, um nachzuweisen, daß „die Studenten“ und „die Jugend“ in der Zwischenzeit verstanden hätten, warum die Regierung so handeln mußte, wie sie gehandelt habe. Es wird berichtet, wie intensiv sich die *Jugend* wieder mit den Ideen *Mao Zedongs* auseinandersetze, so daß man von einer echten Bewegung „Suche nach Mao Zedong“ sprechen könne, die das ganze Land erfaßt habe. Die Partei habe einen Reinigungsprozeß durchgeführt, die Korruption weitgehend beseitigt und neue Richtlinien eingeführt, die es den Parteimitgliedern unmöglich machten, aus ihrer Position für sich oder ihre Familie Vorteile zu ziehen. Es wird eingeräumt, daß die Ereignisse des letzten Jahres *negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung* gehabt hätten, da die Investitionstätigkeit ausländischer Firmen stark zurückgegangen sei. Große Einbußen habe es auch im *Tourismus* gegeben. Die Zahlen für 1990 zeigten aber wieder ein starkes Wachstum, so daß die Verluste wohl bald auszugleichen seien. Im übrigen gebe es eine „gesunde Wirtschaftsentwicklung“, und die Aussichten für die Zukunft seien gut. Trotz der Schwierigkeiten sei das Bruttosozialprodukt 1989 um 3,7% gegenüber dem Vorjahr gewachsen.

Generalsekretär *Jiang Zemin* traf sich am Jahrestag der „4.-Mai-Bewegung“ mit Intellektuellen, um für eine Verbesserung des Klimas zu sorgen. Sie wurden aufgefordert, sich mit den

Massen zusammenzuschließen und hart zu kämpfen.

Dagegen steht die innere Unsicherheit der jetzt herrschenden Männer. Die Aufstellung einer Sondereinsatzpolizei auf Provinz- und Stadtebene als „Bewaffnete Polizei“ für Aufrechterhaltung von Ordnung und Kampf gegen Aufruhr, Rebellion und Unruhe zeugt nicht gerade von großer Sicherheit. In einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehen ABC (Barbara Walters) am 2. 5. 90 betonte Jiang Zemin, daß man nach Methoden, die gewöhnlich in westlichen Ländern angewandt werden, eine „genügend starke Truppe von Bereitschaftspolizei“ aufbauen und entsprechende nichttödliche Waffen anschaffen werde. Viele Soldaten hätten im Juni vergangenen Jahres ihr Leben verloren, weil diese Mittel nicht zur Verfügung gestanden hätten. Wo Menschen „versehentlich verwundet oder getötet worden seien“, habe sich die Regierung intensiv um diese Fälle gekümmert (Beijing Review, 5. 6. 90).

Auch bei der Sitzung des Nationalen Volkskongresses Ende März bis Anfang April 1990 wurden im wesentlichen die seit dem Juni 1989 immer wiederholten Klischees bemüht, nach denen China vor einer Revolution der reaktionären Kräfte gestanden habe, die nur mit militärischen Mitteln habe verhindert werden können. Deng Xiaoping gab bei dieser Gelegenheit bekannt, daß er sein letztes offizielles Staatsamt, den Vorsitz der Zentralen Staatlichen Militärkommission, aufgabe und sich aus der aktuellen Politik zurückziehe.

Deng Xiaoping hat bei seinem Abschied von der aktiven Politik noch einmal eine größere Rede gehalten, die sich mit den Grundzügen der Außenpolitik befaßte. Angesichts des radikalen Wandels in den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion, die „ihre Farbe gewechselt“ und „revisionistisch“ geworden seien, müsse China sich als die „letzte Bastion des Sozialismus“ verstehen und sich ideologisch festigen, um den Herausforderungen der Zeit zu begegnen. Die ideologische Auseinandersetzung mit

den ehemals sozialistischen Bruderstaaten wird gegenwärtig aber nur in parteiinternen Publikationen und nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen.

Politisch und wirtschaftlich steht die VR China vor einer unsicheren Zukunft. Die internen ideologischen Auseinandersetzungen sind noch nicht entschieden. Auswärtige Beobachter sehen gegenwärtig die Vertreter der harten Linie um den Staatspräsidenten *Yang Shangkun* und seinen Halbbruder *Yang Baibing* als die Gruppierung an, die von der Armee weitgehend unterstützt wird und daher die Macht hat. Die Weggefährten des vormaligen Generalsekretärs *Zhao Ziyang* wurden inzwischen aus den wichtigsten Positionen in der Partei und im Staat entfernt. Zu ihnen gehörte auch *Yan Mingfu*, der Direktor der Einheitsfrontabteilung, die für die Formulierung der *Religions- und Minderheitenpolitik* verantwortlich ist, der diese Stellung und das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes verlor.

Kein erkennbarer Wandel in der Religionspolitik

Direkt nach den Juni-Ereignissen des vergangenen Jahres gab es die Befürchtung, daß die Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung zu einer schwerwiegenden Veränderung der *Religionspolitik* führen würde. Dieser Fall ist bisher nicht eingetreten. Die Partei- und Regierungsstellen waren und sind mit den vielen Problemen, die sich nach dem Eingreifen der Militärs auf allen Gebieten ergeben haben, so beschäftigt, daß die Religionspolitik nicht zu den Schwerpunkten zählt. Die führenden Gremien der anerkannten Religionsgemeinschaften mußten alle ein Bekenntnis zur offiziellen Politik der Regierung/Partei abgeben und deren Version der „Juni-Ereignisse“ akzeptieren. Diese Art von „Kotau“ vor den jeweils herrschenden Mächten wird innerhalb Chinas als eine unumgängliche Notwendigkeit gesehen und nicht leicht mit einer inneren Zustimmung verwechselt. Die

Religionen in China sind von der gegenwärtigen politischen und ideologischen instabilen Situation natürlich wie jede andere Organisation betroffen. Sie benutzen die *relativen Freiräume*, die ihnen geblieben sind, ihre innere Organisation zu stärken und auszubauen.

Als islamischer Unruheherd erweist sich in letzter Zeit die Provinz Xinjiang. Es mehren sich aber Berichte, daß es verstärkt zu antichinesischen Aktionen von muslimischen Uiguren und Kirgisen in Kashgar und Urumtschi gekommen ist, die ihre Anstöße von jenseits der Grenze, den sowjetischen Republiken Tadschikistan, Usbekistan und Kasachstan erhalten, da gut 50% der 15 Millionen Muslime in Xinjiang diesen Volksgruppen angehören. Die chinesische Regierung verwahrt sich gegen diese „ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas“ und versucht mit repressiven Maßnahmen der Bewegung Herr zu werden. Dazu gehört die Verfügung eines Baustopps für den Neubau oder die Reparatur von Moscheen und Vorgehen gegen nicht registrierte Koranschulen. Diese Maßnahmen haben zu gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt, bei denen reguläre Truppen eingesetzt worden sind und 50–60 Menschen ihr Leben verloren haben (South China Morning Post 9. u. 11. 4. 90).

Die *Gründung einer Bischofskonferenz seitens der Untergrundkirche* am 21. November 1989 in Zhangyi im Sanyuan Distrikt in der Shaanxi Provinz führte zur Verhaftung von Bischöfen, Priestern und Laien – insgesamt über 30 Personen –, die daran beteiligt waren. Bischof *Fan Xueyan* von Baoding, der selber nicht anwesend war, wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die im Exil lebenden Bischöfe, *Ignatius Gong Pingmei* (USA) und *Dominic Tang Yiming* (Hong Kong) sollen zu Vize-Präsidenten bestimmt worden sein. Nach anderen Berichten wurden vier Vize-Präsidenten gewählt, die alle in der VR China leben und von denen zwei an der Versammlung teilnahmen. „Rom“ soll mit der Gründung der Bischofskonferenz nicht einverstanden gewesen sein bzw. erst nachträglich

davon gehört haben. Kardinalstaatssekretär *Casaroli* wird mit der Bemerkung zitiert, daß die chinesischen Bischöfe das Recht hätten, eine Bischofskonferenz zu bilden, und Rom sie daran nicht hindern könne.

Fortdauernde Spaltung unter Katholiken, Stagnation bei Protestanten

Auf die *Verhaftungen* der an der Gründung der Bischofskonferenz der Untergrundkirche Beteiligten angesprochen, erklärte der Direktor des nationalen Büros für religiöse Angelegenheiten, *Ren Wuzhi*, während seines Besuches in Hong Kong im März 1990, daß es keinerlei Verhaftungen von Religionsangehörigen gegeben habe. Seit den Juni-Ereignissen habe sich die Religionspolitik in keiner Weise verändert. Hier zeigt sich wieder einmal die Auffassung der chinesischen Regierung, nach der die Gründung der Untergrundbischofskonferenz einen Verstoß gegen bestehende Gesetze der Volksrepublik darstellt und damit „kriminellen Charakter“ habe und ein Einschreiten dagegen nichts mit der Beeinträchtigung der Religionsfreiheit zu tun habe.

Die Gründung einer Bischofskonferenz seitens der Untergrundkirche

weist auf die *bleibenden Spannungen* zwischen den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der katholischen Kirche in der VR China hin. Da die Zahl der mit Rom verbundenen Bischöfe innerhalb der vom Staat anerkannten Kirche im Wachsen begriffen ist, verstärkt sich in den Kreisen der Untergrundkirche das Gefühl, ins Hintertreffen zu geraten und durch spektakuläre Aktionen für eine Klärung der Verhältnisse sorgen zu müssen. Daneben stehen verstärkte Anstrengungen verschiedener Kreise innerhalb und außerhalb Chinas, für eine Verständigung zwischen den verschiedenen katholischen Gruppen zu sorgen.

Während die Katholiken unter der fortdauernden Spaltung leiden, scheint die Entwicklung unter den Protestanten eher zu stagnieren. Vom 7.–10. November 1989 fand in Shanghai das 4. Gemeinsame Treffen der Ständigen Komitees der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung und des Chinesischen Christenrats (CCC) statt. Ziel der Begegnung war, die bleibende Aufgabenstellung der Drei-Selbst-Bewegung im Zusammenwirken mit dem Chinesischen Christenrat zu bestimmen. Schon Ende 1988 hatte es ernsthafte Diskussionen darüber gegeben, ob die Drei-Selbst-Bewegung nicht ihren Zweck erfüllt habe und in den Christenrat aufgehen solle, um die

Weiterentwicklung des Christenrats zur „chinesischen christlichen Kirche“ zu erleichtern. Bei der November-Tagung wurde stillschweigend davon ausgegangen – wohl unter den geänderten politischen und ideologischen Bedingungen auf nationaler Ebene –, daß die Drei-Selbst-Bewegung auch weiterhin eine Aufgabe zu erfüllen habe. Der Schwerpunkt der Tätigkeit müsse darauf liegen, das „Wohlergehen“ der chinesischen Christenheit sicherzustellen, nachdem der Aspekt der „Selbstheit“ (Eigenständigkeit) im wesentlichen erreicht worden sei. Es gelte aber weiterhin darauf zu achten, daß die Verpflichtung zum Patriotismus (das Land zu lieben) nicht vernachlässigt werde und Versuche ausländischer Missionsgruppen, in China unter Mißachtung der Eigenständigkeit der chinesischen kirchlichen Organisationen tätig zu werden, verhindert werden müßten. Die Drei-Selbst-Bewegung unterstütze die Regierung in der Erfüllung der Religionspolitik, helfe aktiv mit beim Aufbau der „sozialistischen, materialistischen und spirituellen Zivilisation“, ohne sich jedoch in das innere Leben der Kirche einzumischen, das ganz in der Verantwortung des chinesischen Christenrats liege. Damit bleibt die Aufgabe, weitere Schritte in Richtung „Kirchenwerdung“ zu unternehmen, ungelöst.

G. E.

Der Himmel, die Katholiken und das neue Europa

Der 90. Deutsche Katholikentag in Berlin

In die Geschichte der Deutschen Katholikentage wird das diesjährige Treffen in Berlin als der Katholikentag zwischen der Wende in der DDR und der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands eingehen. Durch die Ereignisse der letzten Monate in Mittel- und Osteuropa erhielt das etwas wolke Motto „Wie im Himmel so auf Erden“ überraschend einen frischen, unverbrauchten Klang. Dennoch war Berlin von den Themen und der Atmosphäre her kein Katholikentag des Aufbruchs oder der überzeugenden Botschaften. Er machte eher die Diskrepanz zwischen dem gut organisierten, bunten

Großereignis und der ziemlich grauen Wirklichkeit des deutschen Katholizismus deutlich.

Als vor zehn Jahren, am 4. Juni 1980, in Berlin der 86. Deutsche Katholikentag eröffnet wurde, sagte *Hans Maier*, damals Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, in seiner Ansprache, in der gastgebenden Stadt werde deutlich, was „Not und Aufgabe in Europa“ sei: „Hier sehen wir eine der Trennungslinien, die unsere Welt durchschneiden, und begreifen, wie